

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zł. mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 zł. vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anpruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Bezugs-Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Ausschlag. — Bei Blockvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Ausschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 147

Bydgoszcz / Bromberg, Freitag, 2. Juli 1937.

61. Jahrg.

Der Wawel-Konflikt.

Die Diplomatie des Vatikans greift ein.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Konflikt der Regierung mit dem Erzbischof von Krakau Fürst Sapieha scheint einer Beilegung entgegenzueilen. Das Wort: „Biegen oder Brechen!“ dürfte auf diesen Fall nur insoweit Anwendung finden, als es — wie der Verlauf der Dinge anzudeuten scheint — eher zum Biegen als zum Brechen kommt. Es sind Bemühungen im Gange, um den Staatsbehörden für das Geschehene Verzeihung zu verschaffen und damit das weitere Anmahnen einer Aktion zu verhindern, welche zielbewußt einer Schwächung der kirchlichen Rechte in Polen zuzieht.

Am 30. Juni fand in Posen eine Beratung des Episkopats statt, die ohne Zweifel mit dem Wawel-Konflikt zusammenhängt. In politischen Kreisen hegt man die Erwartung, daß nach Beendigung der Beratungen ein offizielles Communiqué des polnischen Episkopats erscheinen dürfte.

Als unmittelbare Auswirkung des Wawel-Konflikts wird in einer in einem Teil der Presse veröffentlichten Meldung ein Personalwechsel bezeichnet, der bald im Ministerium für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung und zwar in der Stellung des Leiters des Departements für religiöse Bekenntnisse erfolgen soll. Die Leitung dieses Departements verlor bis jetzt Graf Franciszek Potocki, der vorher Mitglied der Redaktion des „Gazet“ gewesen war. Laut der erwähnten Meldung, für deren Richtigkeit wir jedoch nicht einstehen, soll Graf Potocki von seinem Posten zurücktreten, den dann der bisherige Vizerektor des Departements für religiöse Bekenntnisse Dr. Janusz Woliński übernehmen werde. Vom Grafen Franciszek Potocki geht die Rede, er sei dazu bestimmt, an die Stelle des jetzigen Leiters des „Gazet“ Józef Bielowiejski zu treten, nachdem dieser infolge der letzten schweren Krise in seinem Blatt unhaltbar geworden wäre.

Die Organe, welche diese Nachrichten bringen, vermögen jedoch keine den erwarteten Personalwechsel im Ministerium irgendwie begründende Aufklärung zu geben. Da man auf das Rätselraten angewiesen ist, könnte man versucht sein, anzunehmen, daß Graf Potocki es vielleicht in einem Wirkungskreis an der erforderlichen Voraussetzungen oder Entschlußkraft hätte mangeln lassen. Eine gewisse überdeutliche Zaghaftigkeit dürfte dagegen eher zu den wünschenswerten Eigenschaften des Chefredakteurs eines Blattes von der Art des konservativen „Gazet“ gehören, dem krasse Schlägriffe und kompromittierende Rückzüge viel weniger als anderen Blättern anstehen.

Parallel zu den Bestrebungen, die auf eine Beilegung des Wawel-Konflikts abzielen, entwickelt sich indessen — das muß festgestellt werden — die Aktion der politischen Faktoren, welche die Gelegenheit eifrig nutzen, um auf eine „Säkularisierung“ der Wawel-Gräber, d. h. auf deren Übernahme durch den Staat, hinzuwirken. Gleich nach dem Ausbruch des Konflikts haben einige Senatoren (aus Krakau) an den Ministerpräsidenten eine Depesche mit der Forderung der Einberufung einer außerordentlichen Parlamentssession geschickt, in der ein Gesetz über die Übernahme der Wawel-Kathedrale durch den Staat zu beschließen wäre. Eine analoge Forderung erhebt jetzt eine Gruppe von Abgeordneten und Senatoren aus Ostgalizien. Daraufhin hat der Vizemarschall des Sejm Miedziński, der Präsident des parlamentarischen Diskussionsklubs, dessen Mitglieder sich aus ehemaligen Teilnehmern an den Unabhängigkeitskämpfen zusammensetzen, eine Sitzung dieses Klubs für Sonnabend 11 Uhr vormittags einberufen und die Wawel-Frage auf die Tagesordnung dieser Sitzung gestellt. Welche „Lösung“ man dort empfehlen dürfte, ist leicht vorauszusagen, wenn man bedenkt, daß derselbe Oberst Miedziński am letzten Sonntag in einer Zusammenkunft von ehemaligen Offizieren und Soldaten des sechsten Bataillons der 1. Regionsbrigade, über die politische Lage gesprochen hat, wonach es zu einer eindeutigen Entscheidung in der Wawel-Frage gekommen ist.

In den politischen Kreisen wird weiter angenommen, daß in der Sitzung des parlamentarischen Diskussionsklubs auch die Art und Weise für die Herbeiführung der außerordentlichen Parlamentssession bestimmt werden soll. Laut Art. 36 der Verfassung kann die Einberufung einer solchen Session des Sejm durch den Staatspräsidenten — auf Antrag mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten bewirkt werden. Dem Diskussionsklub kann es nicht schwer fallen, die nötige Anzahl von Unterschriften für den betreffenden Antrag aufzubringen. Da infolge von Mandatsniederlegungen der Sejm heute nur 204 Abgeordnete zählt, würde die Zahl von 102 Unterschriften für die Eingabe an den Staatspräsidenten hinreichen. Im Senat, der 107 Mitglieder zählt, wären als Mindestzahl 54 Unterschriften erforderlich. Der Diskussionsklub hat über 100 Mitglieder, die beiden Kammern angehören. Da der am Sonnabend anberaumten Sitzung alle Mitglieder und wahrscheinlich auch andere Abgeordnete und Senatoren beiwohnen werden, könnte eventuell im Ergebnis der gestak-

Wetterleuchten im Fernen Osten.

Neue Zusammenstöße zwischen Sowjetrussen und Japanern im Amur-Gebiet.

Tokio, 30. Juni. (Staatsdienst des DN.) Nach einem Bericht der japanischen Kwantung-Armee ist es in der Nähe der von sowjetrussischen Truppen widerrechtlich besetzten Amur-Inseln Sennu und Bolschoi zu einem schweren Gefecht zwischen drei sowjetrussischen Kanonenbooten und einer mandchurisch-japanischen Grenzwache gekommen. Bei dem Kampfe wurde ein sowjetrussisches Kanonenboot versenkt und ein anderes schwer beschädigt. Die drei sowjetrussischen Kanonenboote waren entgegen den zwischen dem japanischen Votschafter Schigemitsu und der Sowjetrussischen Regierung getroffenen Vereinbarungen erneut in mandchurisches Hoheitsgebiet eingedrungen und hatten die mandchurisch-japanischen Grenztruppen beschossen!

Die Japanische Regierung hat gegen diese neuen sowjetrussischen Übergriffe nochmals schärfsten Protest eingelegt und Gegenmaßnahmen angekündigt, falls die Zusicherungen der Sowjetrussischen Regierung, diese Provokationen zu unterlassen, nicht eingehalten werden.

Tokio, 1. Juli. (P.A.) Die Agentur Domei teilt mit: Das japanische Außenministerium legt den neuen Zwischenfällen am Amur große Bedeutung bei und hat durch Vermittlung seines Verteters feststellen lassen, daß sich die Sowjetrussen trotz der Zusagen Witwinows einen erneuten Übergriff geleistet haben. Die japanischen und mandchurischen Behörden haben immer noch die Hoffnung, daß Sowjetrußland von einer weiteren Verschärfung der Lage absehen und sein Versprechen einhalten wird. Hierzu ist es erforderlich, daß Sowjetrußland jede Angriffstendenzen vermeidet und seine Truppen von den Amur-Inseln zurückzieht.

Wie die Japanische Agentur Domei meldet, ist die aus 10 Kanonenbooten bestehende sowjetrussische Amur-Flotte in unmittelbarer Nachbarschaft der Inseln Sennu und Bolschoi, dem Schauplatz des gemeldeten schweren Gefechts zwischen sowjetrussischen Kanonenbooten und

mandchurisch-japanischen Grenztruppen, zusammengezogen worden.

Die politischen Kreise Japans beobachten die weitere Entwicklung mit steigender Besorgnis, besonders nachdem man auf Grund der Unterredung des japanischen Votschafters Schigemitsu mit Litwinow allgemein mit einer Beruhigung gerechnet hatte.

Der japanische Votschafter in Moskau, Schigemitsu, ist am Mittwoch abend telegraphisch beauftragt worden, wegen der durch die Sowjets verursachten ernstesten Zwischenfälle, die zu dem Gefecht zwischen mandchurisch-japanischen Grenztruppen und Sowjetkanonenbooten auf dem Amur führten, bei der Sowjetregierung härtesten Protest einzulegen.

Tokio, 30. Juni. (Staatsdienst des DN.) Wegen des Zwischenfalls auf dem Amur hat das japanische Auswärtige Amt folgende Erklärung abgegeben:

Die Lage auf dem Amur an der mandchurisch-sowjetrussischen Grenze war schon lange deswegen sehr gespannt, weil die sowjetrussischen Truppen die beiden Inseln Kanonchaku (russisch: Sennu) und Tsuinamuhö (russisch: Bolschoi) besetzten. Aber da der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow auf den schärfsten Protest der Japanischen Regierung hin dem japanischen Votschafter Schigemitsu gegenüber die Zurückziehung der Streitkräfte versprach, schien die Lage einstweilen beruhigt worden zu sein.

Dieses Versprechen ist leider von der sowjetrussischen Seite nicht eingehalten worden. Die sowjetrussischen Truppen, welche die Inseln besetzten, zogen sich nämlich nicht zurück, sie nahmen sogar eine provozierende Haltung ein. Angesichts dieser Sachlage wurden die japanisch-mandchurischen Grenzschutztruppen dazu gezwungen, ihrerseits auch Selbstverteidigungsmaßnahmen zu treffen, was schließlich zu diesem bedauerlichen Zwischenfall führte. Die Japanische Regierung bedauert sehr diese unehrliche Haltung der Sowjetregierung und hofft, daß die Sowjets sobald wie möglich ihre Streitkräfte zurückziehen, um den Zustand nicht weiter zu verschlechtern.

Beschlüsse die Sammlung der erforderlichen Zahl von Unterschriften gleich an Ort und Stelle bewirkt werden.

Die Initiative zur Einberufung der Außerordentlichen Session kann wohl von den Abgeordneten und Senatoren ausgehen, wenn diese den Beschluß fassen, diese Initiative zu ergreifen. Wenn dies geschehen ist, ist es aber noch keineswegs ausgemacht, daß die auf die Einberufung der Session drängenden Parlamentarier fest entschlossen sein werden, ein Gesetz zu beschließen, durch das die Wawel-Kathedrale der Jurisdiktion des Krakauer Metropolitens entzogen würde. Sie dürften es wahrscheinlich vorziehen, dem Staatspräsidenten die Vollmacht zur Erledigung der Wawel-Frage zu bewilligen. Diesen Wunsch hat nämlich die erwähnte ostgalizische Gruppe, die unter dem Vorsitz des Vizemarschalls Schädel am 29. Juni eine Beratung in Lemberg abgehalten hatte, zum Ausdruck gebracht. Die Abgeordneten und Senatoren möchten sich darauf beschränken, den Anstoß zu geben und zu „drängen“, die Verantwortung aber für eine in das Verhältnis zwischen Staat und Kirche tief einschneidende Maßnahme möchten sie am liebsten auf die Regierung und das Staatsoberhaupt abwälzen!

Das ist der Sachverhalt im gegenwärtigen Zeitpunkt. Er bietet gute Chancen für die Feinarbeit der vatikanischen Diplomatie. Der Päpstliche Nuntius Cortesi, der — wie aus Wien gemeldet wird — entsprechende Weisungen aus Rom erhalten hat, soll bereits die ersten Schritte auf dem zur Schlichtung führenden Wege in Warschau getan haben. Die weiteren Schritte sollen in Krakau erfolgen, wohin sich der Päpstliche Nuntius noch am Peter-Paulstage begeben hat, und wo ihm der Aufenthalt des Rumänischen Königs sicher gute Gelegenheiten gab, auf gereizte und empfindliche Stellen schmerzstillend und befähigenden Balsam zu legen.

Erklärung zur Minderheitenpolitik.

Der ländliche Sektor des Lagers der Nationalen Einigung veranstaltete Sonntag eine Versammlung in Stanislan in Ostgalizien, in deren Verlauf General Galica, der Vorsitzende dieses Sektors auf die Minderheitenfragen einging. Er erklärte, daß die polnische Nation stets den Wunsch nach einer ruhigen und brüderlichen Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, die anderen Nationalitäten angehört, gehabt habe. Die Beziehungen mit den übrigen Nationalitäten sollten den Charakter des Verständnisses und des Vertrauens annehmen. Polen wolle niemanden ethnalisieren und niemandem etwas wegnehmen. Aber als Wirt könnte man nicht dulden, daß die Wirtschaft, die man zu verwalten habe, berührt werde und daß die Rechte, die sich Polen erworben hat, irgendwie geschmälert werden. General Galica brachte weiterhin die Auffassung zum Ausdruck, daß die Auffassung über die Minderheitenfragen in der idealen Erklärung des Obersten Roc zur Genüge umrissen worden sei.

Moskaus Kampf gegen die christlichen Kirchen.

Nach einer Meldung aus Moskau, die vom Deutschen Nachrichtenbureau weitergegeben wird, bereiten die Sowjets einen neuen vernichtenden Schlag gegen die Religion vor. Angeblich auf Wunsch der örtlichen Sowjets hat das Innenkommissariat sich entschlossen, im Rahmen des dritten Fünfjahresplanes alle noch vorhandenen Kirchen zu schließen. Die Mehrzahl der Kirchengebäude soll abgetragen und nur ein kleiner Rest profanen Zwecken zugeführt, d. h. in Clubs, Kinos usw. verwandelt werden. Die Vernichtung der noch übriggebliebenen Kirchen soll aus Gründen der „Sicherheit“ geschehen. Eine alleinige Ausnahme sollen nur wenige Gotteshäuser bilden, gegen deren Zerstückelung sich die Sowjetregierung gewandt hat, da sie einen besonders großen geschichtlichen Wert haben oder als architektonische Denkmäler dienen, die mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr erhalten bleiben sollen. Von der neuen Zerstückelung sind 2000 Kirchen und 63 Klöster betroffen.

Zu gleicher Zeit wird aus Wladimirof berichtet, daß neben die letzte russische Kirche Wladimirofs (früher Bischofs-Residenz) geschloffen wurde. Das Inventar wurde dem Vollzugsamt des Fernen Ostens übergeben.

Blutgericht der Sowjets in Sibirien.

Im letzten Monat wurden in Chabarowsk 131 Personen erschossen.

Wie die P.A. aus Moskau meldet, sind von dem Obersten Kriegsgericht der Sowjetunion in Chabarowsk 37 Angeklagte der fernöstlichen Eisenbahn wegen „Trotzkismus, Spionage zugunsten Japans und Sabotage“ zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Das Urteil wurde unverzüglich vollstreckt.

Die P.A. weist darauf hin, daß im Verlauf des letzten Monats im Fernen Osten unter den gleichen Bezeichnungen 131 Personen erschossen worden sind. Die offizielle Sowjet-Agentur bringt über derartige Prozesse im Fernen Osten keinerlei Berichte.

Moskau warnt vor schönen Spioninnen.

Die Spionagesucht in Sowjetrußland hat nach einer Meldung des Londoner „Daily Express“ den Obersten Staatsanwalt Michiniki dazu veranlaßt, in einer Rundfunkrede vor „den hundertten, ja tausenden schönen ausländischen Spioninnen“ zu warnen, die angeblich im ganzen Sowjetgebiet gegen das Sowjetregime arbeiten sollen.

Michiniki habe außerdem eine Broschüre drucken lassen, die über Methoden der sowjetfeindlichen Spionage Aufschluß geben soll. Die Broschüre sei mit einer Auflage von 2 Millionen gedruckt worden. Zu der

Broschüre werde wiederum vor allem vor den Spioninnen gewarnt, die mit besonderer Vorliebe russische Kurorte aufsuchen, um die dort weilenden sowjetrussischen Offiziere, Beamten und Parteifunktionäre zur Preisgabe von militärischen und Parteigeheimnissen zu verleiten.

Der „Daily Express“ bezeichnet diese Antispyonagekampagne als ein Manöver, das die Aufmerksamkeit der sowjetrussischen Bevölkerung von den Misserfolgen der bolschewistischen Zwangswirtschaft ablenken soll. Die Sowjetindustrie sei teuer und ohne Qualität. Aller Unternehmungsgestalt werde durch die Bürokratie getötet und der Erfolg aller Bemühungen um eine fortschrittliche Wirtschaftsführung werde immer wieder durch die russische Rückständigkeit in Frage gestellt. Da diese Misserfolge immer sichtbareren würden, müsse man zu Scharprozessen und anderen Methoden greifen, um die Sowjetbevölkerung über den wahren Stand der Dinge hinwegzutäuschen.

Neuregelung der Ueberwachung

der spanischen Küsten.

Über die Sitzung des Hauptauschusses des Nichteinmischungs-Ausschusses am Dienstag vormittag in London wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

Am heutigen Vormittag 11 Uhr fand im englischen Außenamt die 55. Sitzung des Hauptauschusses des Nichteinmischungs-Ausschusses statt. Bei Eröffnung der Sitzung gab der italienische Vertreter folgende Erklärung ab: „Die Vertretung des Valencia-Ausschusses in London hat kürzlich eine Pressemitteilung veröffentlicht, die wilde Behauptungen über kürzlich erfolgte Landungen italienischer Truppen in Spanien enthielt. Nicht zum ersten Mal veröffentlichte die fragliche Vertretung durch die Presse ähnliche falsche Gerüchte. Es ist nicht meine Aufgabe, irgend eine Meinung über den Gebrauch zu äußern, den die Vertretung Valentias von dem ihr zugestanden diplomatischen Statut macht; jedoch wünsche ich zu erklären, daß nicht ein einziger italienischer Freiwilliger mein Land nach Spanien verlassen hat, seit ein diesbezügliches Verbot verabschiedet worden ist.“

Der Ausschuss befaßte sich sodann mit der Frage des Flottenüberwachungs-Schemas. Lord Plymouth gab im Namen der Englischen Regierung eine Erklärung ab, in der er mit Bezugnahme auf die Entwicklung der Lage nach der letzten Sitzung gewisse Vorschläge zur Wiederherstellung des Überwachungs-Schemas vorschlug, die die Englische und die Französische Regierung beschließen haben, dem Ausschuss vorzulegen. Nach diesen Vorschlägen wären die Englische und die Französische Regierung bereit, die Verantwortung für die Durchführung des Flottenüberwachungs-Schemas für die Küsten Spaniens zu übernehmen. Sie erklärten sich grundsätzlich mit der Ernennung neutraler Beobachter einverstanden, die auf den Überwachungsstellen stationiert werden sollen. Die Vorschläge besagen, daß die Englische Regierung die Verantwortung tragen würde für die Flottenüberwachung derjenigen Teile der spanischen Küste, die sich in den Händen des Valencia-Ausschusses befinden, und daß die Französische Regierung und die Englische Regierung sich in die Verantwortung für die Überwachung derjenigen Abschnitte der spanischen Küsten teilen wollten, die sich jetzt in den Händen von General Franco befinden, und zwar in einer Weise, die zwischen den beiden Regierungen zu vereinbaren ist. Der westliche Teil der zuletzt genannten Küste würde dabei der französischen Zone zugeordnet werden.

Der belgische, tschechoslowakische, schwedische und sowjetrussische Vertreter erklärten sich im Namen ihrer Regierungen für die französischen Vorschläge.

Im Verlauf des Gedankenaustausches brachten der deutsche und der italienische Vertreter, indem sie sich bereit erklärten, die englisch-französischen Vorschläge ihren Regierungen zu übermitteln, für die grundsätzliche Bedenken gegen jeden Vorschlag zum Ausdruck, der nicht auf den notwendigen Sicherungen beruht, aufgebaut ist, daß die volle Unabhängigkeit der Überwachung sichergestellt werde. Gleichzeitig gaben die beiden Vertreter an, daß ihre jeweiligen Regierungen beschlossen haben, ihre Staatsangehörigen, die augenblicklich als Überwachungs-kräfte tätig sind, anzuweisen, ihre Posten aufzugeben.

Beim Abschluß der Aussprache kamen alle Vertreter überein, ihren jeweiligen Regierungen die Vorschläge, die dem Ausschuss von den Regierungen Englands und Frankreichs mit der Bitte um sofortige diesbezügliche Anweisungen vorgelegt werden, zu übermitteln. Der nächste Punkt der Tagesordnung war der Plan zur Zurückziehung nichtspanischer Staatsangehöriger aus Spanien, die an dem augenblicklichen Konflikt beteiligt sind. Lord Plymouth erklärte, daß die Englische Regierung sehr besorgt darum sei, daß man in dieser Angelegenheit zum frühestmöglichen Zeitpunkt Fortschritte machen könne. Der französische Vertreter erklärte, daß die Französische Regierung, um mit der allgemeinen Maßnahme der Zurückziehung zu beginnen, anregen möchte, daß Vorkehrungen für die sofortige Zurückziehung aller nichtspanischen Staatsangehörigen in Spanien, die zurzeit Kriege gefangen oder verwundet wären, getroffen würden.

Nach einer weiteren Aussprache kam man überein, daß die nächste Sitzung des Hauptauschusses am kommenden Freitag, vormittags 11 Uhr abgehalten werden soll, und daß auf dieser Sitzung sowohl die Frage der Seeüberwachung wie die Zurückziehung der am augenblicklichen Konflikt in Spanien beteiligten nichtspanischen Staatsangehörigen beraten werden soll.

Engländerin bei Bilbao ermordet.

Über die Ermordung einer seit mehrere Jahren in Las Arenas ansässigen Engländerin durch bolschewistische Milizen werden folgende Einzelheiten bekannt:

Die 57 Jahre alte Engländerin Bredy Boland war früher Erzieherin im Hause der baskischen Grafenfamilie Zubiria und lebte seit einiger Zeit zurückgezogen in einer eigenen Wohnung. Nach den Sprengungen des über den Nervon führenden Brunnens durch die Bolschewisten, sahen sich die Engländerin sowie zwei Mitglieder der Familie Zubiria, die sich vor den Verfolgungen der bolschewistischen Mordbrenner in die Wohnung der Erzieherin geflüchtet hatten, gezwungen, bei Freunden Unterschlupf zu suchen.

Mit den Worten „Ein guter Fang“ stürzten die Gardisten das Versteck kurz vor dem Einzug der nationalen Truppen in Bilbao. Die Gräfin Zubiria, die sich in anderen Umständen befand und drei ihrer Familienmitglieder wurden ermordet. Die Engländerin wurde zunächst ihrer sämtlichen Papiere beraubt und dann auf einem Treppenschuß durch einen Schuß ins Genick getötet.

Pessimismus in London.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus London:

Nach der Dienstag-Sitzung des Unterausshusses des Nichteinmischungs-Ausschusses hat in London ein allgemeiner Pessimismus Platz gegriffen. Man nimmt nicht mehr an, daß Deutschland und Italien bis zum kommenden Freitag ihren Standpunkt ändern und sich bereit zeigen werden, den neuen englisch-französischen Kontrollplan anzunehmen. Die letzten Ereignisse, so u. a. das Zurückziehen der Vertreter Deutschlands aus den internationalen Kontroll-Organen und Kontroll-Plänen scheint darauf hinzuweisen, daß der Beschluß des Reichsfanzlers endgültig und unabänderlich ist.

Trotz der Verschiebung der formellen Entscheidung bis zum Freitag kann man jetzt schon als feststehend ansehen, daß Deutschland und Italien den französisch-politischen Kontrollplan ablehnen werden, weil sie von dem Standpunkt ausgehen, daß das Gleichgewicht, welches bis dahin bestand, da zwei Staaten auf Seiten Francos, zwei andere Staaten auf Seiten der Valencia-Regierung standen, erschüttert worden ist. Ebenjowenig wie eine See-Kontrolle denkbar wäre, wenn sie nur von Italien und Deutschland durchgeführt werden würde, ebenso wenig sei nach Auffassung Deutschlands eine Kontrolle möglich, die nur von Frankreich und England durchgeführt wird. Da eine Anerkennung der Regierung des Generals Franco durch London und Paris nicht denkbar ist, so ist eine Aufrechterhaltung der See-Kontrolle nach deutscher Auffassung vollständig unreal.

Das Fehlen einer geordneten See-Kontrolle verursacht ebenfalls eine Änderung der Haltung Deutschlands und Italiens in der Frage des Zurückziehens der Freiwilligen. Beide Regierungen sind der Auffassung, daß ein Plan zum Zurückziehen der Freiwilligen nur dann als konkret angesehend werden könne, wenn eine wirksame See-Kontrolle gewährleistet ist. Unter anderen Voraussetzungen können alle Schiffe mit den zurückgezogenen Freiwilligen durchaus in irgend einem anderen Hafen anlegen und dort die Freiwilligen wieder an Land bringen. Aus diesem Grunde widersetzten sich Deutschland und Italien der Zurücknahme der Freiwilligen.

Im allgemeinen herrscht die Überzeugung vor, daß der konfliktvoll errichtete Bau der Nichteinmischung nunmehr voll-

ständig in Trümmern liegt. In britischen maßgebenden Kreisen denkt man angestrengt über die weitere Entwicklung nach. Es herrscht die Meinung vor, daß für den Fall des vollständigen Zusammenbruches des Nichteinmischungs-Planes nichts weiter übrig bleibt, als sich auf die Grundlage der strengsten Neutralität zurückzuziehen. In diesem Falle müßten beiden Kriegerführenden Teilen, also sowohl der Regierung Francos wie auch der Valencia-Regierung die Kriegsrrechte zuerkannt werden. Beide Teile hätten dann das Recht, Schiffe auf hoher See anzuhalten und eine Kontrolle durchzuführen. Vor Zuerkennung dieser Kriegsrrechte ist jedes Anhalten von fremden Schiffen auf offener See durch beide im Bürgerkrieg verwickelte Seiten gleichbedeutend mit einer Piratenhandlung.

Botschafter Raczynski bei Eden.

London, 30. Juni. (PA) Der polnische Botschafter Raczynski stattete am Dienstag nachmittag dem englischen Außenminister Eden einen Besuch ab, um mit ihm in einer längeren Unterredung die gesamte internationale Lage zu erörtern. Im Anschluß daran hatte der Polnische Botschafter mit dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Van Sittart, gleichfalls eine längere Unterredung.

Notspanisches Motorschiff

torpediert und gesunken

Aus Valencia drahtet United Press:

Am Montag morgen wurde in der Nähe der spanischen Küste, 28 Meilen nördlich von Alicante, das spanische Motorschiff „Gabo Palos“ von einem Unterseeboot unbekannt Nationalität torpediert und sank sofort. Fünf Personen sind dabei ertrunken. Die „Gabo Palos“ befand sich mit einer Lebensmittelladung auf dem Wege von Alicante nach Valencia, als Kapitän Manuel Hoyos plötzlich ein Unterseeboot in unmittelbarer Nähe des Schiffes bemerkte. Er befahl sofort, den Kurs zu ändern, aber bevor dies geschehen konnte, feuerte das Unterseeboot bereits einen Torpedo ab, der das Schiff in fünf Minuten zum Sinken brachte. 45 Mann der Besatzung, einschließlich einer Frau, die als Schwester auf dem Schiff tätig war, konnten sich in einem Rettungsboot in Sicherheit bringen.

Weitere Abwertung des französischen Franc.

Die Ermächtigungsgeetze auch vom Senat angenommen.

Aus Paris wird gemeldet:

Nachdem am Mittwoch in den frühesten Morgenstunden die französische Kammer die Vollmacht für die Regierung mit einer Stimmenmehrheit von 374 gegen 208 angenommen hatte, blieb nur noch die schwere Sorge, in welcher Form der Senat zu den eingebrachten Ermächtigungs-Gesetzen Stellung nehmen würde. Bevor der Senat zu seiner Vollziehung zusammentrat, befaßte sich der Finanzausschuss des Senats mit dem Ermächtigungs-Gesetz. Ministerpräsident Chaumont und Finanzminister Bonnet entwickelten vor dem Ausschuss ihre Pläne, die mit 20 gegen 3 Stimmenthaltungen angenommen wurden. Diese Abstimmung war ein großer Erfolg für die neue Regierung, besonders aber für den Finanzminister Bonnet, (den „starken Mann“ des neuen Kabinetts).

Diese Abstimmung im Finanzausschuss hat den gesamten Senat dahingehend beeinflusst, daß die Abstimmung über das Ermächtigungs-Gesetz ein voller Erfolg der Regierung Chaumonts wurde. Auch der ehemalige Finanzminister Frankreichs Caillaux, der Schöpfer der französischen Devaluations- und Spar-Politik, sowie der ehemalige Ministerpräsident Laval stimmten für die Annahme.

Der Referent der Gesetze, Senator Gardes,

kritisierte in seiner Rede in scharfer Form die Finanzpolitik der bisherigen Regierung.

Er forderte volles Vertrauen für den neuen Ministerpräsidenten und den neuen Finanzminister, die den Weg der kostspieligen sozialistischen Experimente verlassen und den erprobten Weg eines ausgeglichene Staatshaushalts wieder beschreiten wollten, um zu einer gesunden Währung zu gelangen.

Der Finanzminister, Vincent Auriol, fügte sich durch diesen Beschluß des Senats persönlich getroffen und verließ die Sitzung. In den Wandelgängen verlautet, daß er mit seinem Rücktritt als Justizminister im Kabinett Chaumonts gedroht habe. Man nimmt jedoch an, daß der Zwischenfall wieder beigelegt werden dürfte. Der Stellvertretende Ministerpräsident Blum sucht nun im Senat eine Klärung dieser neuen Spannung zwischen dem Senat und einem der sozialen Minister herbeizuführen.

Nachdem vor der eingelegten Pause schon der jetzt zum Justizminister ernannte Auriol, der bekanntlich Finanzminister im Kabinett Blum gewesen war, Einspruch gegen die Angriffe Gardes erhoben hatte, erschien nach der Pause auch Leon Blum und nahm neben dem Ministerpräsidenten Chaumonts Platz. Chaumonts bemuerte diese Gelegenheit um Leon Blums nationale Haltung zu loben. Er löschte dadurch das aufbrechende Feuer, das leicht den ganzen Neubau der Regierung hätte verbrennen können und sicherte sich die sozialistischen Stimmen.

Darauf nahm der Senat das Ermächtigungs-Gesetz mit 167 gegen 82 Stimmen an.

Karl II. habe auch den starken Eindruck zum Ausdruck gebracht, den die vorzügliche Verfassung der polnischen Armee, ihre Ausrüstung und militärische Ausbildung auf ihn gemacht habe.

König Karl II. in Krakau.

Kranzniederlegung am Grabe Pilsudskis.

Aus Warschau wird gemeldet:

Am Mittwoch nachmittag traf König Karl II. von Rumänien in Krakau ein, wo er einen Kranz am Sarg des Marschalls Pilsudski niederlegte.

Der rumänische König begleitete Thronfolger Michail, der polnische Staatspräsident Moscicki, Marschall Smigly-Rydz, der rumänische und der polnische Außenminister, der polnische Kriegsminister und der rumänische Kriegsminister General Glas. Der König, der seit seiner Ernennung zum Chef eines Posener Infanterie-Regiments die Uniform eines polnischen Oberst trägt, begab sich vom Bahnhof in das Wawel-Schloß, wo er bis zu seiner Abreise aus Krakau am Donnerstag wohnen wird.

Sofort nach seiner Ankunft im Wawel begab sich König Karl in Begleitung des Polnischen Staatspräsidenten, des rumänischen Thronfolgers und der beiden Außenminister in die „Grust unter dem Turm der Silbernen Glocken“, um dort an der Grabstätte des Marschalls Pilsudski einen Kranz niederzulegen. Anschließend begaben sich der König und der Polnische Staatspräsident in die Wawel-Kathedrale, wo sie von dem am Vormittag nach Krakau gereisten Warschauer Päpstlichen Nuntius Cortesi begrüßt wurden, in dessen Begleitung sie die Sehenswürdigkeiten der Kathedrale besichtigten.

Amtliche Verlautbarung

zum Warschauer Königsbesuch.

Die Polnische Telegraphen-Agentur veröffentlicht über den Besuch des rumänischen Königs in Polen eine amtliche Verlautbarung, in der es heißt, der Besuch habe den unzertrennbaren Freundschaft, die die beiden verbündeten Länder so glücklich verbinde, starken Ausdruck gegeben. Die Besprechungen, die bei dieser Gelegenheit über die die beiden Länder gemeinsam interessierenden Fragen stattfanden, hätten die volle Übereinstimmung ihrer Interessen erwiesen und zu der Bestätigung geführt, daß die Erhaltung des Friedens das grundsätzliche Ziel ihres Bündnisses sei. Gleichzeitig habe die große und spontane Begeisterung der polnischen Öffentlichkeit bewiesen, wie tief sich die Polnische Nation der Idee und der Verwirklichung des Bündnisses verbunden fühle, das so gut den Lebensinteressen der beiden Nationen entspreche. König

Verhaftungen von Führern der Bekennniskirche

Wie der „Dienst aus Deutschland“ meldet, sind in der vergangenen Woche eine Reihe von Mitgliedern der Bekennniskirche, Geistliche und Laien, verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Mitglieder des Bruderrats der Altpreußischen Bekennniskirche, die beschuldigt werden, Gesetzen des Staates ausdrücklich den Gehorsam verweigert und zu ihrer Übertretung aufgefordert zu haben.

Es handelt sich bekanntlich darum, daß der Reichskirchenminister in Übereinstimmung mit dem Reichsminister des Innern zwei Verordnungen erlassen hat, die hauptsächlich die Bekennniskirche treffen. Die eine unterlagert die öffentliche Bekanntheit der Namen aus der Kirche Ausgetretener, die andere verbietet die Abhaltung von Kirchenkollektiven, die nicht in die Kollektionspläne der offiziellen Kirchenleitung aufgenommen sind. Diese Kollektiven gaben bisher der Bekennniskirche die Möglichkeit, sich Mittel zu beschaffen. Um diese Fragen geht der akute Konflikt, da von der Bekennniskirche die Zulässigkeit dieser Verordnungen des Staates bestritten wird, nachdem der Führer die Vorbereitung der angekündigten Kirchenwahlen den Kirchen völlig freigestellt habe.

Was aber die Bekanntheit der Namen der ausgetretenen Glieder der Kirche anbelange, eine Maßnahme, die sogar jedem einfachen Verein zustehe, so könne — nach kirchlicher Ansicht — der Staat in dieses ihn (da er selbst neutral ist) nicht berührende kirchliche Recht nicht eingreifen.

Nach den Verlesungen, die am letzten Sonntag von den Bekennnispfarrern in Berlin vorgenommen wurden, sind im ganzen mehr als 30 Verhaftungen erfolgt.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Juli 1937.

Krakau - (-, - 2,84), Zawichost + 1,26 (+ 1,26), Warschau + 0,86 (+ 0,94), Plock + 0,83 (+ 0,57), Thorn + 0,40 (+ 0,48), London + 0,46 (+ 0,54), Cuium + 0,29 (+ 0,37), Graudenz + 0,50 (+ 0,59), Kurgelrat + 0,65 (+ 0,75), Biebel - 0,07 (+ 0,01), Dirschau - 0,09 (+ 0,01), Einlage + 2,22 (+ 2,36), Schiwenhorst + 2,48 (+ 2,54). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Pommerellen.

1. Juli.

Deutsches Generalkonsulat für Pommerellen.

Generalkonsul von Rüdiger hat, wie wir hören, einen mehrwöchigen Urlaub angetreten.

Grudenz (Grudziadz)

Der Baumarkt zeigt in diesem Jahr in Grudenz wenig Leben, wenn man von der auf behördliche Anordnung erfolgenden Erneuerung der Häuserfronten absteht.

90 Minuten Aufenthalt heißt der Film deutscher Erzeugung, der zurzeit im Kino „Gry“ gezeigt wird.

Kowerda aus dem Gefängnis entlassen. Dieser Tage wurde Boris Kowerda, der seinerzeit wegen Erschießung des russischen Gesandten Wojtow in Warschau zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und später infolge Amnestie eine Ermäßigung der Strafe auf 10 Jahre erhielt, nach deren Verbüßung auf freien Fuß gesetzt.

Ein unangenehmes Erlebnis hatte im hiesigen Stadtpark ein Friseur aus Posen (Poznań). Als er in der Nacht zum Dienstag dort in trunkenem Zustande auf einer Bank schlief, wurde er von einem ihm unbekanntem Mann geschlagen.

Über den ungewöhnlichen Vorfall des Einschlagens von drei Schaufelstern der Firma Jakob Liebert durch eine weibliche Person gibt der Polizeibericht von Mittwoch an, daß die Täterin eine gewisse Maria Palasińska, wohnhaft Trinkestraße (Curie-Skłodowskiej) 17, ist.

Leichenfund. Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr wurde aus der Weichsel, und zwar an der Buhne 26, die Leiche einer weiblichen Person gelandet.

Bestohlen um einen Pelztragen und andere, kleinere Kleidungsstücke wurde der in der Courbierestraße (Kosciuszki) wohnhafte Rittmeister Godlewski.

Thorn (Toruń)

Staatspräsident Moscicki Schützenthron der Thorner Schützenbrüderschaft.

Die im Jahre 1852 gegründete Thorner Schützenbrüderschaft veranstaltete in den Tagen vom 27. bis 29. d. M. ihr traditionelles Königsschießen, bei dem Staatspräsident Moscicki, für den Schützenbruder Józef Sulcki den Ehrenschuß abgab, die Königswürde errang.

Dienstag nachmittag begab sich eine Delegation der Schützenbrüderschaft zu dem Wojewoden Raczkiewicz, um ihm das obige Ergebnis mitzuteilen.

Der Wasserstand der Weichsel am Thorner Pegel betrug Dienstag früh 0,54 und Mittwoch früh 0,48 Meter über Normal.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 20. bis 26. Juni gelangten beim Thorner Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 27 eheliche Geburten (15 Knaben und 12 Mädchen), 4 außereheliche Geburten (3 Knaben, darunter 1 Zwillinge, und 1 Mädchen), 1 außereheliche Totgeburt (Mädchen) und 17 Todesfälle (9 männliche und 8 weibliche Personen), darunter 4 Personen im Alter von über 60 Jahren und 3 Kinder im ersten Lebensjahre.

Kein' größte Lust kann's im Himmel und auf Erden geben, als ŻAK's „PRZEMYSŁAWKA“ hochkonzentriertes Eau de Cologne im täglichen Leben.

Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 1. Juli, abends 7 (19) Uhr, bis Donnerstag, 8. Juli, vormittags 9 Uhr einschließl., sowie Tagesdienst am Sonntag, 4. Juli, hat in der Innenstadt die „Ratz-Apothek“ (Apteka Radoiecka), ul. Szeroka (Breitestraße) 27, Fernsprecher 1250.

Endlich! An den neuen roten Fernverkehr-Postbriefkästen sind jetzt endlich die Entleerungszeiten vermerkt und zwar jeweils die Zeit der nächsten Entleerung.

Die Rettungsbereitschaft schaffte den aus dem Kreis Lipno stammenden 33jährigen Henryk Dement, den man in völlig erschöpften Zustand auf der Straße aufgefunden hatte, in das Stadtkrankenhaus.

Neues Opfer der Weichsel. Beim Freibaden in der Weichsel oberhalb der Eisenbahnbrücke ertrunken ist am Sonntag die 12jährige Tochter des Vorstehers des II. Polizeikommissariats Arja aus Morder. Ihre Leiche konnte noch am gleichen Tage geborgen werden.

Die Leiche des am 9. Juni beim Freibaden in der Weichsel ertrunkenen Unteroffiziers Marzalek konnte aus dem Strom geborgen werden.

Wohnungsbrand. Im Hause Baderstraße (ulica Lazienna) 13 drangen aus der Wohnung des Mieters Dabrowski dicke Rauchschwaden. Es wurde sofort die Feuerwehr alarmiert, die nach Aufbrechen der verschlossenen Tür das Feuer in verhältnismäßig kurzer Zeit erlosch.

Eine fehlende Eisenbahnbrücke verursachte Mittwoch früh gegen 7 Uhr auf der Strecke von Thorn-Moder (Toruń-Mokre) nach Lebitzsch (Lubicz) einen schweren Unfall, der aber glücklicherweise noch ohne Verlust von Menschenleben verlief.

Unter freiem Himmel geschlafen und dabei durch Diebstahl sein Fahrrad im Werte von 100 Zloty eingebüßt hat Stanislaw Kaminski aus Koźbar (Koźbór) bei Podgorz. Der neuerliche Fahrraddiebstahl ist Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung.

Konitz (Chojnice)

Um sein Werkzeug bestohlen wurde am 25. 6. der Steinschläger Zychlinski aus Schönfeld. Derselbe hatte es über Nacht auf dem katholischen Friedhof in Hennigsdorf verwahrt und mußte am Morgen feststellen, daß ihm das Werkzeug gestohlen war.

Stadtverschönerung. Die Stadtverwaltung gab sich aus Anlaß der Konitzer Festwoche die größte Mühe, um den auswärtigen Besuchern Konitz in würdiger Weise zu präsentieren. Ein schönes Bild bietet die alte Stadtmauer vom Schloßhauer Torturm bis zur sogenannten Champagnerbrücke, auf der noch der ziemlich gut erhaltene Kräuterturm steht.

Einjährige Vorbereitungskurse für Verkäufer und Bureauhilfen werden im nächsten Schuljahr an dem hiesigen kaufmännischen Gymnasium durchgeführt werden. In dem Kursus können männliche wie weibliche Handels- wie Bureauanwärter teilnehmen und befreit der Kursus die Teilnehmer vom Besuch der Fortbildungsschule.

Lebensmittellieferung. Am 6. 7. findet im Bureau des hiesigen Gefängnisses eine unbeschränkte Vergabung von Lebensmittellieferungen an das hiesige Gefängnis statt.

Die Reste der alten Stadtmauer sind bei den Schichtarbeiten für das katholische Pfarrhaus jetzt bloßgelegt worden und werden abgetragen. Die Mauer hatte hier, trotzdem die Stadt auf dieser Seite noch durch den, in den 60er Jahren abgelassenen Ziegelsee geschützt wurde, eine Stärke von fast 2 Metern.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich um 11 Uhr nachts auf der Bütower Chaussee. Als der Eisenbahnwärter Bernard Szyska am Peter- und Paultage vom Fest des Meeres aus Müstendorf (Charyzów) per Rad heimkehrte, wurde er von einer in Richtung Konitz fahrenden Autodroschke überfahren und am Kopf und linken Arm verletzt, so daß er bewegungslos liegen blieb.

Dirschau (Tczew)

Kreistagsitzung.

Am letzten Montag fand im großen Sitzungssaal der hiesigen Starostei die erste Kreistagsitzung unter der Leitung des neuen Dirschauer Starosten Biadzy statt.

Anschließend verlas Sekretär Biadziński das Protokoll der letzten Sitzung und einige Bekanntmachungen der pommerellischen Wojewodschaft, die zur Kenntnis genommen wurden.

Thorn.

Gebamme erteilt Rat, nimmt Bestellungen entgegen. Sauberste u. sorgf. Behandlung. Friedrich, Toruń, św. Jakóba 15. Tel. 2201.



Fahrräder gute Ausführung billige Preise. Elektra - Schulz, Toruń, Celniańska 4.

Messing-Vogelb., Spiegel, Tische, Stühle, Bilder, Bücher, Noten, Wäsche, Geschirr fortz. 3. vert. Prosta 7, 11 r. 4880

Lampions für Ausflüge und Sommerfeste in großer Auswahl. Justus Wallis Papierhandlung, Szeroka 34. Tel. 1469.

Einmachgläser Porzellan, Gläser und Küchengeräte sehr günstig empfiehlt 4889

4-Zimmer-Wohnung mit Balkon, 3. Etage, zu vermieten. 4841 Justus Wallis, Szeroka 34.

Arbeitsgemeinschaft „Liederkreunde“ und „Liedertafel“. Am Sonntag, dem 4. Juli 1937 Ausflug nach Neßau (a. d. Weile). Gemeinsamer Abmarsch 9 Uhr vom Ende der neuen Weichselbrücke.

Todes-Anzeigen auf Bogen und Karten in den verschiedensten Ausführungen liefert sofort am Tage der Bestellung Justus Wallis Papierhandlung Toruń, Szeroka 34. 4805

MÖBEL einfache und elegante moderne und Stilmöbel in allen Preislagen formschön und preiswert Gebrüder Tews, Toruń Mostowa 30. 4551 Tel. 1946.

Bandsburg. Anzeigen und Abonnements für die „Deutsche Rundschau“ nimmt zu Originalpreisen für Bandsburg an Karl Tabatowski, Biechort.

Richtl. Nachrichten. Sonntag, d. 4. Juli 1937. 6. Sonntag nach Trinitatis. * bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

St. Georgen - Kirche. Vorm. um 9 Uhr Gottesdienst. 10 1/2 Uhr Gottesdienst. Groß Bösendorf. Am 9 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, 10 1/2 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Versammlung der Jugend.

Rentischau. Vorm. um 10 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst, abends um 6 Uhr Bibelstunde. Luben. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. Grabowitz. Vorm. um 10 Uhr Gottesdienst mit Kindergottesdienst.

Dirschauer Kirchengemeinde. St. Georgenkirche. Vormittags 10 Uhr Hauptgottesd., danach Beichte*, nachm. 3 Uhr Erbauungsstunde, danach Blautreuzverein, nachm. 4 Uhr Ev. Gemeinde- u. Volkverein. Ev. Kirche in Rauden. Nachm. 3 1/2 Uhr Hauptgottesdienst. Briesen. Vorm. 10 Uhr Festgottesdienst, Kindergottesdienst.

Grudenz.

Kino Orzel. Ab 1. 7. die entzückende Komödie mit 4597 Franziska Gaal unt. d. Titel: „Kleine Mama“. Beginn d. Vorst. 7,9. Sonn- u. Feiertags 3,5, 7,9 Uhr.

Sport-Club S. C. G. Sonntag, d. 4. Juli 1937, ab 4 Uhr nachm. Sommerfest mit großem Gartenkonzert, Vorführungen der Turn- und Radfahr-Abteilung, Preisregeln, Verlosung, Preischießen, Kinderbelustigungen. 4890 Ab 19 Uhr: T a n z.

Qualitäts-Fahrräder von 100.- zł an empfiehlt 4876 LIETZ, Pl. 23 stycznia 21.

Privatautos Autotaxen, Omnibusse vermietet für Fahrten billigst 4406 Gardzielewski, Sobieskiego 13, Tel. 1433

Abendmahls-Hostien mit Kreuzifix A. Dittmann o. p. Marsz. Fochna 6. — Tel. 3061

Deutsche Lehrer im Dienst von Staat und Volkstum.

Bundestagung des Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Bielitz.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Bielitz die große Bundestagung des „Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen“ statt und nahm bei starker Anteilnahme der deutschen Bevölkerung einen erhebenden Verlauf. Im Vordergrund standen die Vertreter- und die Hauptversammlung des Verbandes. Es hatten sich aus allen Gebieten Polens über 200 Lehrer und Lehrerinnen zur Tagung eingefunden. Zugleich hielt auch die Lehrgemeinschaft „Legat“ ihre Aufsichtsratsitzung und ihre Hauptversammlung in Bielitz ab. Oberstudiendirektor Dr. Vanselow-Berlin, der als Hauptredner über den „Sinn der Schulerziehung“ sprechen sollte, traf wegen Einreiseschwierigkeiten nicht in Bielitz ein.

Die Bundestagung des „Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen“ begann am Sonnabend, um 10 Uhr, mit einer

Vertreterversammlung

In der Halle des Bielitzer Turnvereins. Zu dieser Tagung hatten sich die Vertreter aller Bezirksvereine eingefunden. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Rektor Paul Jendrike-Bromberg, eröffnete die Versammlung und gab zunächst einen Überblick über die Arbeit seit der letzten Vertreterversammlung in Bromberg. Er erstattete dann Bericht über die Kassenverhältnisse des Verbandes vom 1. Januar bis 31. Dezember 1936. Danach gingen an Verbandsbeiträgen 11711 Zloty ein. Die Herausgabe der „Schulzeitung“ kostete im ganzen 10947 Zloty. Es verblieben 749,60 Zloty als Überschuss. Die Beiträge für den Landesverband wurden in der bisherigen Höhe belassen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde auch der Vorschlag für das neue Geschäftsjahr in derselben Höhe wie im Vorjahr angenommen. Der Kassenwart des Bundes, Lehrer Schilberg-Bromberg, erstattete hierauf den Kassenbericht. Den Revisionsbericht gab der erste Vorsitzende des Bielitzer Pädagogischen Vereins, Direktor Lechner. Dem Bundeskassierer und dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Nach dem Bericht des Kassenwarts hat sich die finanzielle Lage des Bundes sehr gebessert.

Die Arbeitsleistung des Verbandes.

Es erfolgte der Bericht der Schriftführerin des Bundes, Fräulein Romanowski aus Bromberg.

Durch Inkrafttreten des neuen polnischen Vereinsgesetzes ist die Arbeit im Verband für längere Zeit behindert worden. Es herrschte vor allem Unklarheit über das Verhältnis der Einzelvereine zum Verband. Nach Überwindung der Schwierigkeiten gelang es dem Vorstand, die behördliche Eintragung des Vereins am 20. April 1935 zu erlangen. Der Verband zählt gegenwärtig 882 Mitglieder, die sich in nachstehende Zweigvereine gliedern: Gnesen 24, Chorzów 68, Chorzów-Eichendorffschule 46, Neutomischel 24, Tarnowitz 15, Konitz 17, Wonsgrawitz 16, Galzitz 109, Wollstein 9, Posen 47, Posen (Einzelmitglieder) 8, Mogilno 22, Graudenz 62, Jarotzsch 33, Czarnikau 7, Bromberg Land 70, Rakel 29, Lissa 51, Rybnik 34, Bromberg (Pädagogischer Verein) 43, Rynbaum 18, Kattowitz 83 und Bielitz 47. In den meisten Vereinen herrscht eine sehr rege Tätigkeit, bedauerlich ist nur, daß es immer noch deutsche Lehrer und Lehrerinnen in Polen gibt, die dem Verband nicht angehören.

Am 4. Januar 1936 fand in Posen eine Delegiertenversammlung statt, auf der eine Reihe innerer Fragen erledigt wurden und Professor Kern aus Heidelberg einen mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag über die Ganzheitsmethode hielt. Zu den Aufgaben des Vorstandes gehörte in erster Linie die Drucklegung der „Schulzeitung“. Sie bildet bei allen Delegierten- und Hauptversammlungen stets ein Hauptthema. Die Frage, ob sich nicht durch Einsparungen ersparlichen ließe, den Preis der „Schulzeitung“ und damit die Vereinsbeiträge herabzusetzen, wurde oft erörtert. Dem Vorstand gelang es, wichtige Rechtschutzfälle, wie die Anrechnung von Dienstjahren und Haftpflichtangelegenheiten in günstigem Sinne zu erledigen. Der Verband gewährte in dringenden Fällen Unterstützungen zu 50 Zloty. Durch Vermittlung des Verbandes konnten zahlreiche deutsche und polnische Lehrbücher herausgegeben werden.

In diesem Jahr beging der Verband die 70. Geburtstage zweier hochverdienter Lehrerveteranen; es sind dies Ehrenmitglied Rektor Paul Guttsche und der bisherige Vorsitzende des Pommereller Bezirksvereins, Otto Grams in Graudenz. Beide Jubilare gehören zu den Gründern des Bundes. Der Verband zählt nun drei Ehrenmitglieder: Rektor Guttsche-Posen, Gustav Radtke-Bromberg und Otto Grams-Graudenz.

Der Vorstand ist mit allen Kräften bemüht, den unseligen Bruderzwist, der das Deutschtum in Polen politisch in verschiedene Lager teilt, vom Verband fernzuhalten. Der Vorstand des Landesverbandes erwartet, daß die führenden Männer der deutschen Volksgemeinschaft in Polen alles aufbieten werden, um die gestörte Einheit und Einigkeit wieder herbeizuführen. Auch von seinen Verbandsmitgliedern erwartet der Vorstand, daß sie als Erzieher für eine Verständigung eintreten.

Eine Ehrung wurde dem langjährigen verdienten Vorsitzenden des Bezirksvereins Pommerellen, Grams, zuteil, der Ehrenmitglied des Vereins wurde. Nun berichtete der Vorsitzende über die Notwendigkeit einer Änderung der Statuten des Landesverbandes. Die Änderung soll zwei Punkte umfassen: Es soll dem Landesverband gestattet sein, im eigenen Wirkungskreis Bildungskurse zu veranstalten, dann soll ihm die Möglichkeit gegeben werden, nothleidende Mitglieder zu unterstützen. Der Hauptvorstand wurde mit der Durchführung der Statutenänderung betraut. Auf Antrag von Schulleiter Walck wurde beschlossen, die nächste Vertreterversammlung im Januar 1939 in Chorzów I zu veranstalten. Es folgte die

Wahl des neuen Vorstandes.

Da Herr Professor Gredsch-Bromberg wegen Übersiedlung nach Deutschland aus dem Hauptvorstand als zweiter Vorsitzender ausscheidet, mußte für ihn ein Ersatzmann gewählt werden. Der Bezirksverein Oberschlesien machte den Vorschlag, an Stelle des ausscheidenden zweiten Vor-

sitzenden Dr. Kitta vom Eichendorff-Gymnasium in Chorzów zu wählen. Die Neuwahl ergab: Als erster Vorsitzender Rektor Paul Jendrike aus Bromberg, als zweiter Vorsitzenden Dr. Kitta aus Chorzów, als Kassenwart Lehrer Schilberg aus Bromberg und als Schriftführerin Fräulein Romanowski aus Bromberg.

Darauf wurde die Frage geklärt, ob sich die einzelnen Ortsvereine den Bezirksvereinen unterordnen sollen. Da statutenmäßig über diese Angelegenheit keine Klarheit herrscht, überließ es der erste Vorsitzende den Ortsvereinen, sich mit den zuständigen Bezirksvereinen ins Einvernehmen zu setzen.

„Der Lehrer als Heimatforscher“.

Nach einer kurzen Pause wurden die Beratungen um 12.30 Uhr in Gegenwart des Vertreters der Schulabteilung der schlesischen Wojewodschaft, Gymnasialdirektor Hetschko aus Bielitz, fortgesetzt. Dr. Rudolf-Bromberg hielt ein Referat über „Heimatsforschung im Allgemeinen und der Lehrer als Heimatforscher im besonderen“. Der Redner sah die glücklichste Betätigung für den Lehrer in der Heimatsforschung darin, daß er Heimatgeschichte stets als einen Teil der vaterländischen und der Weltgeschichte betrachte. Das neue Warschauer Unterrichtsprogramm biete an zahlreichen Stellen dem Lehrer Gelegenheit, die Heimatkunde in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen. Am Schluß gab er auf Grund seiner eigenen Heimatschrift „Schultis“ praktische Winke für die Verbindung des heimatlischen Unterrichts mit dem des Gesamtgeschichtlichen. Seine interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Lehrerschaft für ihre heimatkundliche Arbeit sich organisch gliedern möchte und eine Zentralstelle benötigt, die den Lehrern mit Rat und Tat zur Seite steht. Als Verbandsthema für das kommende Jahr wurde die Heimatsforschung gewählt. Um 13.30 Uhr schloß der Vorsitzende die Vertreterversammlung.

Die Veranstaltungen am Sonnabend wurden mit einer Aufführung des „Nattenfängers von Hameln“ im Stadttheater durch eine Laienschar unter Leitung von Lehrer Ender aus Biala und einem

Begrüßungsabend

in der Turnhalle abgeschlossen, der zu einem besonders festlichen Ereignis wurde, an dem die Vertreter aller Deutsch-tumsorganisationen Schlesiens teilnahmen.

Ein hervorragender musikalischer und gesanglicher Teil stand im Vordergrund der Festfolge, die mit der Eröffnungsansprache des Obmanns des Bielitzer Pädagogischen Vereins eingeleitet wurde. Eine längere Begrüßungsansprache hielt Dr. Krämer vom Lehrerseminar, das in diesem Jahr die letzten Abiturienten entslassen hat und im neuen Schuljahr nach fast 70jährigem Bestehen wegen des neuen Gesetzes über die Lehrerbildung in Polen nicht mehr eröffnet werden wird.

Ansprachen hielten Senator Wiesner im Namen der Stadtgemeinde Bielitz, Schulrat Dudek aus Kattowitz, der besonders auf die innige Verbindung der Lehrerschaft mit dem deutschen Volkstum hinwies, und der Vertreter des Kulturbundes, Zipsier, der hervorhob, daß der Lehrerverband als erster die Teilgebietsgrenzen für die Deutsch-tumsarbeit abgeschafft habe. Der Turnverein zeigte unter Leitung von Siegfried Jung mit einer Turner- und Mädchenriege Partnerübungen, die Kraft und Schönheit boten, und einen sehr hübschen Gruppentanz nach dem Faustwalzer. Besonders hervorzuheben ist die Mitwirkung des Mit-Bielitzer Männergesangver-

Sozial-Treffen in Kattowitz.

In diesen Tagen fand in Kattowitz ein großes Treffen der polnischen Sokoln statt, an welchem nicht nur die Sokoln aus Polen sondern auch die auslandspolnischen Sokoln aus Deutschland, Rumänien, Frankreich, Belgien, Holland, der Tschechoslowakei und Amerika teilnahmen. Den Höhepunkt des Treffens bildete eine Feier, die am Dienstag in Kattowitz stattfand. Die Feier begann mit einer Feldmesse auf dem Kattowitzer Stadion. Neben den polnischen Sokoln aus dem In- und Auslande, die in den ersten Reihen um den Altar herumstanden, hatten noch die Verbände der schlesischen Aufständischen, der Pfadfinder, der militärischen Vorbereitung aus Schlesien usw. Aufstellung genommen. Weibliche und männliche Mitglieder der Sokoln waren vielfach in Volkstrachten erschienen. Im Auftrage des Marschalls Smigly-Nydz nahm General Berbecki an diesem Treffen teil, außerdem waren zugegen der schlesische Wojewode Dr. Grazynski und der Marschall des schlesischen Sejm. Die Feldmesse zelebrierte Bischof Adamski. Die Fortsetzung der Feier nach der Messe begann damit, daß der Vorsitzende der polnischen Sokoln Arciszewski dem Vertreter des Marschalls die Welbung machte, daß die Sokoln bereit seien, für ihr Vaterland den letzten Blutstropfen herzugeben. Nach dieser Meldung wurde die deutsch-feindliche „Nota“ gelesen, dann ergriff der Vertreter des Marschalls, General Berbecki das Wort. Er führte u. a. aus:

„Als über Polen die Nacht herrschte, ward ihr Sokoln mit ehren roten und weißen Farben diejenigen, welche diese Nacht erhellten, und den Geist für eine lichtvollere Zukunft weckten. Heute ist die Dämmerung gewichen. Heute ist der Tag der Unabhängigkeit. Unser Führer sammelt alle Kräfte, um die Großmacht Polen aufzubauen, um nach außen hin zu wirken und die Macht, die Geschlossenheit und die Einheit des Volkes der ganzen Welt zu zeigen. Heute ist kein Platz mehr für Zweifel und für Unentschlossenheit. Heute ruft der Oberste Führer ganz Polen in die einheitlichen geschlossenen Reihen der Vaterlandsverteidiger auf. Die einzige Parole, die er stellte, als er an die Spitze des Generalinspektorats der polnischen Streitkräfte trat, war diese: die ganze Nation unter die Waffen! Das ganze Volk zur Verteidigung des Vaterlandes! Und wenn ich auf eure geschlossenen Reihen sehe, dann werde ich dem Obersten Führer melden, daß ihr ohne Bedenken und ohne Zweifel unter seiner Führung gemeinsam mit den disziplinierten Scharen des polnischen Heeres stehen werdet in der großen Menge des polnischen Volkes, um die Grenzen eures Vaterlandes zu verteidigen und um die Großmacht Polen zu vermehren.“

Im Anschluß an die Feier fand ein Vorbeimarsch vor dem Vertreter des Marschalls und vor den Behörden Oberschlesiens statt. Den Vorbeimarsch eröffneten die Radfahrkolonnen. Es folgten dann die polnischen Sokoln aus dem

eins, der in seiner alten schlesischen Tracht das Aufsehen der Gäste erregte und durch seine gesanglichen Leistungen mit dazu beitrug, den erhebenden Ablauf des Begrüßungsabends zu sichern. Namentlich der „Lamburg-Gesell“ von Fritz Lubrich rief die Hörer zu begeistertem Beifall hin, der vor allem Niedermeister Twardy galt. Proben von den Lehrerdichtern Karl Herma, Jakob Ender und Hans Baron bot mit Gedichtsvorträgen der als ausgezeichnete Rezitator bekannte Willi Damaszke-Bromberg. Die Theaterkapelle unter Leitung von S. Pietich zeigte sich von der allerbesten Seite.

Der Sonntag wurde mit Gottesdiensten in beiden Kirchen und mit einer

Gedenkfeier im Seminar

anlässlich des 70jährigen Bestehens dieser Anstalt eingeleitet. In seiner Ansprache hob Dr. Krämer die Leistungen dieser Lehrerausbildungsstätte hervor, die auf Veranlassung der evangelischen Gemeinde Bielitz ins Leben gerufen wurde. Bei dieser Gelegenheit gedachten in ehrender Weise die Teilnehmer der toten Schulmänner, die am Aufbau der Anstalt Anteil hatten oder als ehemalige Absolventen durch ihre Lebensarbeit für die deutsche Schule hervorragendes geleistet hatten.

Im Mittelpunkt der Bundestagung stand die Hauptversammlung am Sonntag, zu deren Beginn an den polnischen Staatspräsidenten ein Begrüßungs-telegramm gesandt wurde. In einem ausführlichen Referat behandelte Lehrer Willi Damaszke-Bromberg die für die deutschen Schulen in Polen bedeutsame Frage der Lehrpläne.

Der Redner begann mit der Feststellung, daß die deutsche Lehrerschaft Polens die Synthese zwischen völkischen und staatsbürgerlichen Pflichten gefunden habe. Nachdem der Vortragende noch die Notwendigkeit einer tatsächlich deutschen Erziehung der deutschen Schulkinder Polens nachgewiesen hatte, wandte er sich der Frage der Lehrpläne zu. Sinn und Zweck der im vorigen Jahr von den polnischen Schulbehörden herausgegebenen Lehrpläne seien, die Jugend zu vollkommenen Staatsbürgern zu erziehen und jedem Schüler das polnische Nationalgefühl nahe zu bringen. Diese Lehrpläne nähmen aber in keiner Weise Rücksicht auf die Eigenheiten der völkischen Minderheiten Polens. Das Deutsch-tum Polens nehme für sich die Bestimmungen der polnischen Verfassung in Anspruch und leite daraus das Recht ab, den polnischen Schulbehörden einen von den Deutschen Schulvereinen Kattowitz und Bromberg angearbeiteten Lehrplan zur Begutachtung vorzulegen, der den Interessen der deutschen Volksgruppe in Polen gerecht werde. Das Deutsch-tum anerkenne den Grundsatz, die Jugend zu vollkommenen Staatsbürgern zu erziehen, nehme aber für sich auch das Recht in Anspruch, die deutsche Jugend zu guten Deutschen zu erziehen. Die Erfahrungen hätten bewiesen, daß sich beides sehr gut in Einklang bringen lasse.

Zunächst einmal gebühre der deutschen Sprache in der deutschen Schule neben der polnischen Sprache nicht der gleiche Platz, sondern der erste. Im Geschichtsfach soll der Unterricht über die deutsche Geschichte dem polnischen Geschichtsunterricht gleichgestellt werden. Der Unterricht in der Geschichte soll auf auslanddeutsche Siedlungsgebiete ausgedehnt werden. Zum Schluß gab Lehrer Damaszke der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Lehrplan von den zuständigen polnischen Stellen einer sorgfältigen Beachtung unterzogen werden möge.

Die Versammlung nahm den Plan einstimmig an; er wird in Kürze durch den Landesverband den polnischen Schulbehörden im Namen der deutschen Lehrerschaft Polens unterbreitet werden.

Die Teilnehmer an der Bundestagung bestritten am Sonntag nachmittag das Schauturnen der Bielitzer Turnerschaft und fanden sich am Abend in der Turnhalle zu einem großangelegten Festabend ein, bei dem unter Czajane's Leitung ein Massenchor aller Gesangvereine auftrat.

Ausland und zwar aus Amerika, Deutschland, Frankreich, Rumänien und Belgien. Besonders stark war die polnische Sokolgruppe aus der Tschechoslowakei, an deren Spitze der polnische Abgeordnete zum tschechischen Parlament Wolfsond. An dem Vorbeimarsch beteiligten sich u. a. die Schützenverbände, die Hallerverbände, der Verband der Reserve-Unteroffiziere, die polnischen Aufständischen aus Benthien, die Aufständischen aus Polnisch-Oberschlesien usw. Dann folgten die Gruppen der Sokoln aus allen Teilen Polens. Am Nachmittag fanden im Stadion gymnastische Vorführungen statt. Den Abschluß des Sokol-Treffens bildete eine Rede des Vorsitzenden der Sokoln, Oberst Arciszewski und das Absingen der Nationalhymne.

Freie Stadt Danzig.

Der Landesführer

der Danziger Bekenntnisgemeinden

Pfarrer Walther, hatte sich am Dienstag vor dem Strafgericht unter der Anklage zu verantworten, gegen eine Verordnung des Danziger Polizeipräsidenten gehandelt zu haben. Pfarrer Walther hatte als Ersatzblatt für von ihm herausgegebene verbotene Rundbriefe ein gedrucktes Schreiben an mehr als 100 evangelische Pfarrer in Danzig versandt. Dieses Schreiben berichtete über die Lage der Evangelischen Kirche im Reich und wurde am letzten Sonntag in mehreren evangelischen Kirchen verlesen. Da mit geringen Ausnahmen alle evangelischen Geistlichen in Danzig zur Bekenntnis-Kirche gehören, erregte das Verfahren großes Aufsehen. Pfarrer Walther wurde zu drei Monaten Gefängnis und 1800 Gulden Geldstrafe verurteilt. Ein Haftantrag des Staatsanwalts wurde vom Vorsitzenden des Gerichts abgelehnt.

Eine Spur des Volkstagsabgeordneten

Wiedmann gefunden?

Wie DW aus Danzig meldet, hat sich eine Spur des seit einiger Zeit vermißten sozialdemokratischen Danziger Volkstagsabgeordneten Hans Wiedmann insofern gefunden, als verschiedene Ausweispapiere des Wiedmann auf polnischem Staatsgebiet in einem Wäldchen bei Klein-Rah durch eine Bewohnerin von Klein-Rah gefunden worden sind. Beamte der Danziger Kriminalpolizei sind unverzüglich mit den polnischen zuständigen Polizeibehörden in Verbindung getreten. Die weiteren Erhebungen der polnischen Kriminalpolizei sind im Gange und werden von der Danziger Kriminalpolizei unterstützt. In der Auslandspresse verbreitete Gerüchte, daß Wiedmann zu Tode gekommen und seine Leiche auf Danziger Gebiet gefunden sei, beruhen — so heißt es in der DW-Meldung am Schluß — auf freier Erfindung.

